



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster, Dr. Herbert Kränzlein, Horst Arnold, Susann Biedefeld, Martina Fehlner, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Günther Knoblauch, Andreas Lotte, Florian Ritter, Reinhold Strobl, Arif Tasdelen SPD**

Nachtragshaushaltsplan 2016;

hier: Erhöhung der Mittel für die Finanzierung neuer Anwärterstellen in der 3. Qualifikationsebene, Fachlaufbahn Justiz, fachlicher Schwerpunkt Vollzugs- und Verwaltungsdienst und 2. Qualifikationsebene, Fachlaufbahn Justiz, fachlicher Schwerpunkt allgemeiner Vollzugsdienst (Kap. 04 05 Tit. 422 21)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Kap. 04 05 (Justizvollzugsanstalten) bei Tit. 422 21 (Anwärterbezüge und Unterhaltsbeihilfen für Dienstanfänger) werden zur Finanzierung von 10 neuen Stellen der BesGr A 9 (Regierungsinspektoranwärter, Regierungsinspektoranwärterin) und 100 neuen Stellen der BesGr A 6 – A 7 (Regierungssekretäranwärter, Regierungssekretäranwärterin, Obersekretäranwärter, Obersekretäranwärterin im Justizvollzugsdienst, Oberwerkmeisteranwärter, Oberwerkmeisteranwärterin) 1.245,0 Tsd. Euro mehr ausgebracht.

Damit erhöht sich der im Tit. 422 21 bereitgestellte Betrag von 6.183,0 Tsd. Euro um 1.245,0 Tsd. Euro auf 7.428,0 Tsd. Euro.

Die neuen Anwärterstellen werden von den Antragstellern in ihrem Änderungsantrag zum Gesetzentwurf zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2015/2016 (Nachtragshaushaltsgesetz 2016) beantragt.

Da die Ausbildung in der 3. Qualifikationsebene, Fachlaufbahn Justiz, fachlicher Schwerpunkt Vollzugs- und Verwaltungsdienst jeweils zum 1. Septem-

ber eines Jahres beginnt, sind die 10 neuen Stellen der BesGr A 9 für Regierungsinspektoranwärter und Regierungsinspektoranwärterinnen bis 31. August 2016 gesperrt.

Die Ausbildung in der 2. Qualifikationsebene, Fachlaufbahn Justiz, fachlicher Schwerpunkt allgemeiner Vollzugsdienst beginnt jeweils zum 1. Februar eines Jahres. Die 100 neuen Stellen der BesGr A 6 – A 7 für Regierungssekretäranwärter und Regierungssekretäranwärterinnen, Obersekretäranwärter und Obersekretäranwärterinnen im Justizvollzugsdienst, Oberwerkmeisteranwärter und Oberwerkmeisteranwärterinnen sind daher bis 31. Januar 2016 gesperrt.

Begründung:

Die tatsächliche Belegung der bayerischen Justizvollzugsanstalten mit Gefangenen hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Im Hinblick auf die steigenden Haftzahlen und Verurteilungen wegen Verstößen gegen das Aufenthaltsgesetz und wegen Schleuserkriminalität ist ein weiterer Anstieg der Gefangenenzahlen in der Untersuchungshaft und Strafhaft zu erwarten. Immer mehr Gefangene werden also von immer weniger JVA-Bediensteten betreut und behandelt. Die Aufstockung des Personals in allen Funktionen in den Justizvollzugsanstalten ist daher begründet. Es werden daher neben 10 neuen Stellen für Regierungsinspektoranwärter und Regierungsinspektoranwärterinnen 100 neue Stellen für Regierungssekretäranwärter, Regierungssekretäranwärterinnen, Obersekretäranwärter, Obersekretäranwärterinnen im Justizvollzugsdienst, Oberwerkmeisteranwärter, Oberwerkmeisteranwärterinnen beantragt. Nach erfolgreich abgelegter Anstellungsprüfung nach einer 20-monatigen Ausbildung stehen die Obersekretäranwärter und Obersekretäranwärterinnen als Obersekretäre im Justizvollzugsdienst oder Obersekretärinnen im Justizvollzugsdienst dem allgemeinen Vollzugsdienst zur Verfügung und verstärken diesen personell in den Justizvollzugsanstalten.